

OTMAR STÜTZ

Den Sozialhirtenbrief vorbereiten

Bericht über das Projekt der österreichischen Bischöfe

Dieser Bericht, verfaßt vom Redaktionssekretär unserer Zeitschrift und zugleich Leiter des „Sekretariats Sozialhirtenbrief“ in Linz erweist die große Sorgfalt, mit der der Grundtext für den kommenden Sozialhirtenbrief der österreichischen Bischöfe erarbeitet wurde. Im Kontrast dazu steht die oft recht undifferenzierte Kritik einzelner, die jedoch zur Auseinandersetzung zwingt, und damit den Inhalt und die Form des Hirtenwortes positiv beeinflussen kann. (Redaktion)

„Wir sehen diese Methode der Erarbeitung eines Sozialhirtenbriefes als sehr positiv und erwarten voll Spannung und Interesse das Endprodukt.“ (Stellungnahme 1146)

„Wir hatten einen sehr langen, aber interessanten Gesprächsabend und ich glaube, daß dadurch soziales Gewissen und Verantwortlichkeit der Teilnehmer gerüttelt und gefestigt worden sind. Die Idee, den Sozialhirtenbrief durch Diskussionen in dieser Weise vorzubereiten, finden wir eine gute Sache.“ (877) Solche und viele ähnliche Äußerungen in Briefen bekam das von den österreichischen Bischöfen bestellte Aktionsteam zwischen Herbst 1988 und Sommer 1989 zu lesen. Mehr als die Hälfte aller zirka 2300 direkt an das „Sekretariat Sozialhirtenbrief“ in Linz gesandten Stellungnahmen bedanken sich in irgendeiner Form bei Bischof Maximilian Aichern, der diese Vorbereitung leitet, für die Möglichkeit der Mitarbeit, die sie „mit Freude zur Kenntnis genommen und mit Einsatz durchgeführt“ (1911) haben, wie es andere ausdrücken. Oder: „Wir sind sehr ins Nachdenken gekommen.“ (544) „Da es den Laien erlaubt wur-

de, ihre Meinung zu sagen, schreibe ich nun nochmals an Sie.“ (105) Nur ganz wenige sehen in der Vorgangsweise das Hirtenamt der Kirche gefährdet, in der Presse erschien der Begriff „Herdenbrief“, und nur nach Meinung der „Gemeinschaft aktiver Katholiken Österreichs“ sei der mißglückte Hirtenbriefentwurf dazu angetan, „das Lehramt der Bischöfe in der Öffentlichkeit zu mißkreditieren“ (Presseaussendung vom 26. 12. 1988).

Wo liegen die Anfänge dieses kirchlichen und gesellschaftlichen Diskussionsprozesses, wie war das Projekt konzipiert und welche Schritte wurden bisher gesetzt?

Die Anfänge

Mehrere Faktoren spielten zusammen. Im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich vollzieht sich gegenwärtig ein tiefgreifender Umgestaltungsprozeß. Arbeitsplätze verändern durch neue Technologien ihr Gesicht. Die Vernetzung der gesamten Erde beeinflußt die Kommunikation der Menschen. Die Umwelt muß neu bedacht werden.

Ein anderer Faktor ergibt sich auf der kirchlichen Ebene: Johannes Paul II. veröffentlichte in kurzen Abständen zwei bedeutende soziale Rundschreiben: „Laborem exercens“ und „Sollicitudo rei socialis“. In ihnen weist der Papst auf weltweite soziale Probleme hin und analysiert mit Prinzipien der katholischen Soziallehre die neuen Entwicklungen. Der besondere Anlaß für einen Hirtenbrief ist das für 1991 bevorstehende 100-Jahr-Jubiläum der ersten Sozialenzyklika „Rerum

novarum“ Leos XIII. Den konkreten Anstoß gab die Bundesleitung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung im Frühjahr 1986 mit der Bitte an die Bischofskonferenz um ein Wort der Kirche, das besonders die gegenwärtige soziale Situation unseres Landes wahrnehmen und ein hoffnunggebendes Wort für die Menschen sein sollte. Die letzten Äußerungen dieser Art lägen mit den Hirtenbriefen von 1956 und 1961 schon weiter zurück.

Bei der Frühjahrskonferenz 1986 der österreichischen Bischöfe wurde diese Anregung deponiert und am 6. November 1986 gab Bischof Johann Weber in einer Pressekonferenz den Beschluß der Bischöfe bekannt, unter Federführung von Bischof Aichern (Linz) einen Sozialhirtenbrief vorzubereiten. In der Folge wurde ein Aktionsteam bestellt, das am 31. März 1987 zum ersten Mal zusammentrat und eine Skizze zur Vorgangsweise entwarf. Dem Aktionsteam gehören unter Vorsitz des Linzer Bischofs der Wiener Weihbischof Helmut Krätzl, Prälat Florian Zimmel, Pastoralamtsleiter der Diözese St. Pölten, Valentin Zsifkovits, Professor für Ethik und Sozialwissenschaft an der Universität Graz, P. Alois Riedlsperger SJ, Direktor der Katholischen Sozialakademie Österreichs in Wien, sowie Otmar Stütz für das „Sekretariat Sozialhirtenbrief“ in Linz an.

Die Überlegungen in den Märzwochen 1987 erscheinen im Rückblick als bedeutsam. Im Bewußtsein, daß Papiere geduldig seien und es deren ja viele gäbe, und angeregt durch die Vorbereitung des eben veröffentlichten Wirtschaftshirtenbriefes der US-Bischöfe, sollten die Betroffenen — vor allem an der Basis — selbst miteinbezogen werden und aussagen können, wo sie der Schuh drückt. Mit den Worten Bischof Aicherns: „Wir sollen zuerst hören, wie es den Menschen geht, bevor wir über soziale Probleme schreiben.“ Das geplante Hirtenwort setzte den Schwer-

punkt auf das Thema „Arbeit“, um so eine Konzentration zu erreichen und ein Ausufern der Diskussion zu vermeiden. Das Konzept sah drei Phasen vor:

- (1) Vorlage eines Grundtextes, der vom Aktions- und Beraterteam erstellt wird und vom Herbst 1988 bis Juni 1989 zur Diskussion steht;
- (2) Sammlung der Diskussionsbeiträge und Erarbeitung einer Zusammenfassung durch das Aktionsteam bis zur Herbstkonferenz im November 1989;
- (3) Erstellung des Sozialhirtenbriefes durch die Bischöfe und Veröffentlichung am 15. Mai 1990, ein Jahr vor dem 100-Jahr-Jubiläum der ersten Sozialenzyklika.

Der Grundtext

Einer der Begriffe, die das Projekt Sozialhirtenbrief als Ganzes charakterisieren, ist „Beteiligung“. Der Grundtext sollte sie anregen und ermöglichen. Deshalb wurde dieses Prinzip bereits bei der Erstellung des Grundtextes angewendet. Das Aktionsteam berief für 6./7. November 1987 ein Beraterteam nach St. Pölten. In dieses konnten kirchliche Gruppierungen Vertreter/innen entsenden: Katholische Aktion (10 Personen), Laienrat (10), Pastoralamtsleiter (9), Pastorkommission (10), Agrarbereich und Unternehmer (6), Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmer- und Betriebspastoral (5) und Ordensgemeinschaften (4). Aufgabe der etwa 60 Personen war die Sammlung von Vorschlägen für Aufbau und Gestaltung des Grundtextes, seine inhaltlichen Schwerpunkte und Leit motive. Man war damals größtenteils der Meinung, der Text sollte herausfordern und anecken, dürfe nicht lang sein, müsse übersichtlich und vor allem in verständlicher Sprache gehalten sein. Der Text müßte jedoch auch ein solches Niveau haben, daß sich Führungs-

kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft davon ansprechen ließen.

Mit einem 20seitigen Protokoll voller Stichwörter und Ratschläge stand das Aktionsteam vor der schwierigen Aufgabe, die angesprochenen Probleme in eine Form zu bringen, die diesen Vorstellungen entsprach. Knappe sieben Monate waren Zeit. Zwei Ordner füllen die vielen Entwürfe und Überarbeitungen, woraus dann der 30seitige Grundtext „Sinnvoll arbeiten — solidarisch leben“ entstand. Schon bald zeichnete sich eine Gliederung in einen grundsätzlichen Teil über die Stellung und den Wert der Arbeit in unserer Gesellschaft sowie die für Christen unumgängliche, aber schwierige Beziehung „Glaube und Arbeit“ ab. Diesen ersten drei Kapiteln reihten sich Problemfelder an, die sich für das gegenwärtige Österreich besonders anboten: Familie, Sozialstaat, Arbeitslosigkeit, Frauenarbeit, Landwirtschaft. Die Dimension der internationalen Verflechtung und der Zukunft schlossen diesen Teil ab. Die Kapitel 11 und 12 brachten vor allem handlungsorientierte Anregungen mit den Titeln: „Der erste Schritt: Arbeit und Einkommen gerechter teilen“ und „Schon jetzt beginnen: Damit das Gewissen wach wird“.

Die einzelnen Kapitel versuchen im Cardijn'schen Dreischritt „Sehen-urteilen-handeln“ eine Analyse der Probleme, ein Aufgreifen von Perspektiven der katholischen Soziallehre und in einem dritten Abschnitt die Suche nach Lösungen in Form von Fragen und Beurteilung politischer Maßnahmen. Inhaltlich geht es nicht allein um Fragen der Erwerbsarbeit oder des klassischen Gegensatzes von Arbeit und Kapital, sondern um die Verknüpfung der Arbeit in ihren vielfältigen Formen mit verschiedenen Lebensbereichen.

Ein dritter Gesamtentwurf wurde schließlich im Juni 1988 dem Urteil des Beraterteams unterworfen. Die zahlreichen

Änderungsvorschläge und Zusätze wurden den Sommer über so weit als möglich eingearbeitet, der Text in eine übersichtliche Gestalt gebracht und in einer Auflage von 100.000 Stück im Rotationsdruck hergestellt. Diese hohe Auflage war riskant, aber sie sollte sich bald als wohl kalkuliert herausstellen. Es blieben nur einige Tausend Restexemplare; aus dieser Reserve werden auch heute noch Grundtexte angefordert.

Am 8. September 1988 erläuterte Bischof Aichern zusammen mit dem Aktionsteam einem Kreis katholischer Journalisten in einem Hintergrundgespräch die Konzeption und Absicht des Grundtextes und stellte ihn tags darauf in einer allgemeinen Pressekonferenz der Öffentlichkeit vor. Das war der Auftakt zu einem Jahr offener und lebendiger Diskussion; aus der Sicht des Aktionsteams ein spannendes Jahr.

Die Diskussion

Parallel zur Erarbeitung des Grundtextes stellte das Aktionsteam bereits die Weichen für die folgende Diskussion. Wichtig sei vor allem — so wurde in Statements und einer methodischen Begleitmappe verdeutlicht — das Gespräch über die eigene Arbeit und die sich daraus ergebenden sozialen Fragen, ein schärferer oder überhaupt ein Blick auf die Arbeits-Probleme, die Bildung eines sozialen Gewissens. Damit der Prozeß auch für die Bischöfe konkret fruchtbar würde, bat man um kurze und schriftliche Stellungnahmen, die wesentliche Inhalte und Ergebnisse der Gespräche wiedergaben. Der Bitte um Kürze (ein bis drei Maschinenschreibseiten) wurde meist entsprochen und damit die Masse der Einsendungen überhaupt erst bewältigbar. Freilich hatten sich auch viele nicht an das Seitenlimit gehalten; dies wurde bei der oft hohen Qualität und dem guten Material gerne in Kauf genommen.

Grundsätzlich versuchte das Aktions-team, subsidiär vorzugehen: den einzelnen Diözesen oblag die Organisation in ihrem Bereich; die Pastoralämter wurden gebeten, die Grundtexte zu verteilen; die Pfarren waren aufgerufen, in ihren vielfältigen Gruppen den Text zu besprechen und von sich aus mit Betrieben und Gemeinden in Kontakt zu treten. Und das katholische Prinzip der Subsidiarität funktionierte. Unterschiedlich schnell (im Norden und Osten früher als im Süden und Westen) und mit je eigenem diözesanen Gepräge lief die Diskussion an. Erst im Juli 1989 (Einsendeschluß: 30. Juni) konnte man ermessen, auf welch fruchtbaren (wenn auch oft noch ungepflügten) Boden dieser Grundtext fiel, wie lebendig verzweigt und vernetzt sich breiteste Bevölkerungsschichten aus allen Bundesländern beteiligten, sich in vielen — vom Aktions-team nicht mehr überblickbaren — Veranstaltungen, Gesprächs- und Arbeitskreisen zusammenfanden und die Einladung der Bischöfe annahmen.

Zum hohen Bekanntheitsgrad des Grundtextes trug auch der Abdruck im vollen Wortlaut in der „Furche“ und in der Zeitschrift „Academia“ bei. Verschiedene Kirchenzeitungen brachten Serien mit Anschauungsmaterial; Pfarrblätter und andere Publikationen kirchlicher Einrichtungen druckten Auszüge.

Die Hearings

Der Grundtext wandte sich zuerst an die arbeitenden Frauen und Männer an der Basis und innerhalb der Kirche, dann aber auch „an alle, denen eine sinnvolle Arbeit und ein solidarisches Leben ein Anliegen ist, besonders an die Entscheidungsträger in Wirtschaft und Gesellschaft“ (Grundtext, S. 2). Um die Mitarbeit dieser Personen sowie jener, die sich von Berufs wegen mit Arbeitsfragen beschäftigen, sicherzustellen, organisierte das Aktions-team in

den Städten Linz, Wien (zusammen mit Eisenstadt), Innsbruck, Feldkirch, Graz (zusammen mit Klagenfurt) und Salzburg sogenannte Hearings (eine ähnliche Veranstaltung fand für Niederösterreich in Krems statt). Auf Vorschlag der örtlichen Pastoralämter wurden jeweils etwa 50 Personen aus dem Bereich Politik, Wirtschaft und Wissenschaft eingeladen; 30 bis 35 kamen. Innerhalb von 14 Tagen besuchte Bischof Aichern mit dem Aktions-team die genannten Städte und begegnete überall äußerst motivierten Teilnehmern und durch die bewußt kontroverielle Zusammensetzung interessanten Gesprächen. In jeder Stadt waren auch die Ortsbischöfe anwesend, wodurch ihre Hirtenfunktion, einzuladen, zu versammeln, einander ins Gespräch zu bringen, gut zum Ausdruck kam. Die positiven Erfahrungen legen es nahe, diesen Dialog fortzusetzen.

Um einen Eindruck von den inhaltlichen Grundargumenten der Diskussion zu geben, sei hier — als Teil für das Ganze — eine kurze Zusammenfassung der Hearing-Statements geboten. Sie wurden auch schriftlich zur Verfügung gestellt. Am deutlichsten spürbar waren die Unterschiede aufgrund der verschiedenen Erfahrungs- und Interessenslagen. So kritisierten die der Arbeitgeberseite nahestehenden Vertreter häufig die gesamte Konzeption des Grundtextes, seine Problemauswahl und Sprache: Der Ansatz bei den Problemen wurde als einseitige Kritik verstanden, die Leistungen der Wirtschaft und der Beitrag der Unternehmer seien nicht berücksichtigt, es fehle an einer positiven Sichtweise, an Hoffnung. Mit Blick auf die aktuelle günstige Konjunkturlage wurde vor allem die Darstellung des Problems von Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Ausgrenzung als für Österreich unzutreffend kritisiert. Demgegenüber verwiesen Vertreter der Arbeitnehmerseite darauf, daß die soziale Lage im Grundtext durchaus zutreffend

skizziert sei. Die Probleme mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen müßten in jedem Fall ernstgenommen werden, auch wenn Österreich im internationalen Vergleich günstigere Daten aufzuweisen hat. Der Grundtext sei eine brauchbare Diskussionsgrundlage.

Sehr unterschiedliche Standpunkte nahmen auch die Vertreter der Wissenschaft ein. Einzelne im Grundtext skizzierte Problemzusammenhänge wurden mit Hinweis auf empirische Detailstudien in Frage gestellt oder als zu undifferenziert kritisiert, von anderen wiederum mit Untersuchungsergebnissen belegt. Als entscheidend erwies sich mehr und mehr die Frage nach der literarischen Gattung des Grundtextes, der keine wissenschaftliche Studie, sondern als Diskussionsgrundlage ein Impuls- und Mobilisierungstext sein wollte. Als solcher erfülle er nach Aussage eines Soziologen alle Kriterien, welche die Wissenschaft an einen solchen stelle. Mehrfach wurde die Frage nach dem gesellschaftstheoretischen Hintergrund des Grundtextes aufgeworfen. Einzelne Teilnehmer meinten, eine neomarxistische, systemkritische und der Marktwirtschaft feindliche Tendenz zu erkennen. Das Solidaritätsprinzip sei gegenüber dem Subsidiaritätsprinzip überbetont, sodaß zuviel vom Staat erwartet werde, anstatt auf Eigeninitiative und Verantwortung der einzelnen zu setzen.

Beim Arbeitsbegriff wurden von manchen Teilnehmern die ideell-geistigen Bezüge vermißt. Während nämlich die Erwerbsarbeit in ihrer Bedeutung mehr und mehr zurücktrete und sich die neuen Herausforderungen in der Freizeit stellten, rücke der Grundtext die Arbeit ins Zentrum der Betrachtung und reduziere sie zudem auf ihre materielle Seite. Demgegenüber wurde darauf verwiesen, wie sehr nach wie vor die Arbeit alle Lebensbereiche präge und die soziale Lage der gesellschaftlichen Problemgruppen entschei-

dend bestimme. Verschiedenste Beiträge verwiesen auf im Grundtext nicht enthaltene Probleme wie die Situation der alten Menschen, der Behinderten oder auch der Ungeborenen. Immer wieder aber wurde der Wunsch geäußert, die Bischöfe mögen in ihrem Hirtenbrief klar und eindeutig sprechen und dabei vor allem zugunsten der benachteiligten Menschen Stellung beziehen. Damit könnte die Kirche auch ihrer besonderen pastoralen Aufgabe gerecht werden.

Breite Beteiligung

Im kirchlichen Bereich wurde die Diskussion von den vielfältigen Gruppen auf pfarrlicher Ebene getragen: von Familien- und Frauenrunden, Sozial- und Dritte-Welt-Kreisen; es nahmen viele Pfarrgemeinderäte Stellung und vor allem Gruppierungen der Katholischen Aktion; insgesamt etwa drei Viertel aller Stellungnahmen. Ca. ein Zehntel aller Einsendungen stammt aus dem Schulbereich, ein anderes Zehntel läßt sich den Parteien und Interessensvertretungen zuordnen. In der breiteren Öffentlichkeit fand zunächst eine Podiumsdiskussion am 18. November 1988 in Wels (Oberösterreich) mit den Ministern Marilies Flemming (Familie) und Alfred Dallinger (Soziales) sowie Weihbischof Helmut Krätzl große Beachtung. Damals fiel das berühmte und noch oft zitierte Wort des inzwischen tödlich verunglückten Sozialministers: „Meine Partei würde sich glücklich schätzen, so einen Entwurf mit diesem Text zur Verfügung stellen zu können.“

Zusammen mit der Leitung der Vorbereitung des Linzer Bischofs mag dieser frühe Beginn in Oberösterreich mitverantwortlich sein, daß statistisch gesehen aus diesem Bundesland die meisten Einsendungen stammen: Von den am 31. Juli 1989 registrierten 2199 Stellungnahmen stammen 613 aus der Diözese Linz, gefolgt

von Wien (494, wobei hier alle Einsendungen von Bundesleitungen subsumiert sind) und St. Pölten (397), weiters: Graz-Seckau (222), Innsbruck (132), Salzburg (119), Eisenstadt (69), Gurk-Klagenfurt (64), Feldkirch (61) und aus dem Ausland (7).

Im März 1989 lagen für den Zwischenbericht an die Bischofskonferenz erst 210 Eingaben vor, zu Anfang Juni 800, nach dem Einsendeschluß am 30. Juni jedoch stapelten sich die Briefe. Bei vielen spürt man, welch immense Arbeit den paar Seiten vorausgegangen war. Manche berichteten von vielen und langen Abenden und ein Pfarrer aus der Steiermark schrieb z. B., daß in seinen Beitrag 20 Dorfabende mit 750 beteiligten Personen eingeflossen seien.

Besonderen Anteil an dem stetig wachsenden Interesse hatten große Veranstaltungsreihen. Das Dr.-Karl-Renner-Institut der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ) lud mit der Arbeitsgemeinschaft Christentum und Sozialismus (ACUS) zu einem Diskussionsabend, die Politische Akademie der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) zu einer Studienfachtagung, die Bundesparteileitung der ÖVP zu einem „Hearing“. Seitens der Interessensvertretungen ergingen Einladungen an Bischof Aichern zu Begegnungen mit dem Bundesvorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der Industriellenvereinigung, zur Oberösterreichischen Arbeiter- und Landwirtschaftskammer; Mitglieder des Aktionsteams nahmen an Gesprächskreisen mit Führungskräften aus Wirtschaft und Politik teil; nicht zu zählen all die vielen Veranstaltungen der diözesanen Mitarbeiter im sozialen Bereich.

Die Medien

Die Tagespresse berichtete laufend über diverse Veranstaltungen und begleitete

den Prozeß mit Interesse und Wohlwollen. Besonders kirchliche Wochenzeitungen boten wiederholt hervorragende Analysen. Im Glaubensgespräch am Sonntag gestaltete der Rundfunk eine Serie zu Themen des Grundtextes. In der Schlußphase widmete auch das Fernsehen mehrfach dem Thema Sendezeit, am 29. Juni 1989 fand ein Club 2 dazu statt. Aus weiterer Entfernung betrachtet, kann man in der öffentlichen Diskussion zwei Bögen über diesem Jahr feststellen. In der ersten Phase wurde dem Grundtext Unternehmer- und Wirtschaftsfeindlichkeit und eine negative Grundtendenz vorgeworfen und die Katholische Sozialakademie der Österreichischen Bischofskonferenz attackiert. Zwei Personen ragen dabei heraus: Volksanwalt Herbert Kohlmaier und der Generalsekretär der Industriellenvereinigung, Herbert Krejci. In der Schlußphase konnte man deutlich parteipolitische Zuordnungen registrieren: Die sozialistische Partei begrüßte den Grundtext und die Diskussion, während starke Gruppen der Volkspartei vom pessimistischen Grundton sprachen. Nach dem Obmannwechsel in der Volkspartei setzte das ÖVP-Hearing im Juni deutlich andere Akzente.

Die literarische Gattung der Texte

Von Anfang an lag ein gewisser Schatten über der Diskussion, weil trotz unermüdlicher Richtigstellung von Bischof Aichern und seiner Vorbereitungsgruppe viele den Grundtext für ein Hirtenwort nahmen, das zwar noch ein wenig umgearbeitet, aber dann doch als solches publiziert werden würde. Daß hier eine Diskussionsgrundlage vorlag, die das Ziel hatte, die Probleme zum „Brennpunkt Arbeit“ kurz darzustellen, nahmen viele, obwohl es in der Einführung des Grundtextes klar formuliert war, einfach nicht zur Kenntnis. Dieses hartnäckige Mißverständnis schadete zwar nicht der Intensität der Dis-

kussion, ja es förderte sie eher noch; die richtige Erfassung der Rolle des Grundtextes hätte freilich manche emotionelle Energie einer sachlichen Betrachtung der Probleme zuführen können. Im Lauf des Diskussionsjahres wurde es jedoch auch öffentlich immer deutlicher, daß den drei Phasen der Vorbereitung drei verschiedene literarische Gattungen von Texten entsprechen:

- der Grundtext als motivierender Text: anregend, kurz und ergänzungsbedürftig;
- die Zusammenfassung als Überblick über die vielen Wortmeldungen: verschiedene und differenzierte Sichtweisen, Tendenzen und Gewichte;
- der Sozialhirtenbrief als ein an einzelne oder bestimmte Gruppen gerichteter Brief.

Damit unterschied sich das österreichische vom amerikanischen Modell; im letzteren waren ja in mehreren Schritten immer wieder umgearbeitete Fassungen zur Diskussion gestanden. In der österreichischen Vorgangsweise war so auch gewährleistet, daß alle Betroffenen offen und frei ihre Meinung äußern und die Bischöfe auch frei ihr Hirtenamt wahrnehmen konnten. Dem Vorwurf, daß hier ein Herden- oder — noch weniger liebevoll — ein Schafsbrief entstünde, bot sich keine Grundlage.

Die Zusammenfassung

Unabhängig voneinander wurden laufend während des Jahres und vor allem im Sommer 1989 in den Städten Linz (Sekretariat), Wien (P. Riedlsperger) und Graz (Prof. Zsifkovits) die Stellungnahmen gelesen und studiert und für jedes Kapitel eine Zusammenschau entworfen. Immer wieder mußte gekürzt werden, damit zusammen mit einer Beschreibung des Prozeßablaufes und einer Statistik ein zumutbarer Umfang von 100 Seiten nicht überschritten wurde. Trotzdem durfte die

Farbigkeit und Lebendigkeit der einzelnen Beiträge nicht ganz verloren gehen. Es mußte ein Umfang von fast 7000 Seiten gesichtet werden. Jedoch motivierten im „Tausch des Lesens“ (wie es im Protokoll eines Redaktionstreffens hieß) immer wieder gute Beiträge und herzliche Begleitschreiben die Weiterarbeit.

Diese Zusammenfassung lag den österreichischen Bischöfen für ihre Studientagung am 6. November 1989 vor. Mit der abschließenden Pressekonferenz wurde sie der Öffentlichkeit vorgestellt, als Rückmeldung und Dank an alle Frauen und Männer, Jugendliche und Schüler, die sich der Mühe des Schreibens unterzogen, aber auch als Hinweis für jeden einzelnen, wie verschieden soziale Fragen gesehen werden. Als Ausdruck der Vielfalt eignet sich die Zusammenfassung in dieser Form besonders zur Weiterarbeit in den Gesprächskreisen.

In der Zusammenschau zeigte sich vor allem, wie notwendig ein neuer, umfassender Arbeitsbegriff sei, um die unselige Spaltung von bezahlter Erwerbsarbeit und unbezahlter Familien- und Pflegearbeit aufzuheben.

Zum Kapitel drei wird betont, wie schwer Glaube und Arbeit zu verbinden seien. Arbeit sei nicht der letzte Sinn des Lebens, sondern er hat Dienstfunktion am Gelingen des ganzen Lebens. Der tiefere Sinn der Arbeit ist, für jemanden zu arbeiten. Das Thema Familie wurde in den Gruppen am häufigsten besprochen: etwa ein Drittel aller Einsendungen äußert sich dazu. Der Familie „weht immer mehr der Wind ins Gesicht“, wie es eine Frau ausdrückte. Eine Aufwertung der Familienarbeit, also der Haus- und Erziehungsarbeit wird gefordert. Einige schlagen eine finanzielle Abgeltung in Form eines Lohnes vor, fordern die Anrechenbarkeit dieser Zeit für die Pension, während anderen eine ideelle Aufwertung bzw. Betonung des Wertes „Familie“ genügen würde.

Die Frauen meldeten sich insgesamt in einer erfreulichen Intensität zu Wort. Im Frauenkapitel wiesen sie darauf hin, daß Haushalt und Kindererziehung nicht nebenbei erledigt werden können. Die Doppelbelastung wird durch viele Erfahrungen aus dem Leben der Frauen belegt. Häufig und deutlich wird die Kirche nach ihrem eigenen Frauenbild gefragt.

Im Kapitel Sozialstaat werden konkret die Sicherung der Pensionen, eine bessere Unterstützung von Jugendlichen und Ausländer/innen und Formen einer Mindestsicherung diskutiert.

Bei der Arbeitslosigkeit wird auf die mannigfaltigen Beeinträchtigungen hingewiesen, die weit über die finanzielle Ebene hinausgehen. Konkret hofft man, daß durch verbesserte Ausbildung, Umschulung, Arbeitszeitverkürzung, solidarisches Teilen von Arbeit oder Schaffung von neuer Arbeit das Drohbild der Zweidrittelgesellschaft nicht Wirklichkeit wird.

In der Landwirtschaft steht die Entscheidung zwischen bäuerlichem Familienbetrieb und agrar-industrieller Produktion an. Eine vormalig kulturprägende Bevölkerungsgruppe gerät an den Rand der Gesellschaft.

In der Analyse und Hilfe bei internationalen Problemen ist die Kirche besonders herausgefordert. Dabei wird eine entschiedene Option für die Armen erwartet. Im Kapitel „Zukunft“ diskutieren viele Gruppen das Thema Umweltschutz. Dessen Wichtigkeit hätte im Grundtext ein eigenes Kapitel verdient und nicht bei der Landwirtschaft subsumiert werden dürfen. In einer Stellungnahme findet sich die schöne Aktualisierung: „Von den Christen

müßte man sagen können: Seht, wie sie die Schöpfung lieben!“ Mit der Verantwortung des Konsumenten, auf die oft hingewiesen wird, können die Menschen „schon jetzt beginnen“.

Im „nächsten Schritt“ hatte der Grundtext das Teilen von Arbeit und Einkommen hervorgehoben. In den Stellungnahmen heißt es, daß sich die Einkommensschere leider noch öffnet, während eine Verringerung des Abstandes von Höchst- und Niedrigstlöhnen einer menschengerechten Arbeit besser entspräche. Als Maßnahmen wurden auch ein Grundeinkommen und höhere gesetzliche Mindestlöhne diskutiert.

Einige Themen wurden im Grundtext vermißt: vor allem die vielfältige Not und Armut — in immer neuen Formen — am Rand der schützenden Arbeitsplätze. Aus wirtschaftlichen und politischen Führungskreisen kam der Hinweis, daß die wichtige Funktion der Unternehmer mit keinem Wort erwähnt sei. Einzelne hätten sich in diesem kirchlichen Dokument auch ein Wort zur Abtreibung oder Hinweise zur Bevölkerungsentwicklung, zu den alten Menschen, zur Bildungspolitik, zu Freizeit, Friede und neuen Technologien gewünscht.

Nun ist die Reihe an den Bischöfen, in Kontinuität mit der Katholischen Soziallehre und in Auseinandersetzung mit dem engagierten Beitrag der Menschen dieses Landes die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und ein Wort der Hoffnung zu „Glaube und Arbeit“ zu geben. Anfang März findet dazu eine außerordentliche Tagung der Bischofskonferenz statt. Der Text soll am 15. Mai 1990 erscheinen. Noch nie wurde ein Hirtenbrief mit solcher Spannung erwartet.